

Das Paul-Ehrlich-Institut „veröffentlicht“ insgeheim einen Datensatz zu den Nebenwirkungen der Corona-Vakzine. Die Liste umfasst nahezu eine Million Meldungen, darunter über 1.000 zu möglichen Todesfällen im Nachgang der Spritze. Ganz nebenbei liefert die Sammlung Nahrung für eine „Verschwörungstheorie“: Offenbar gab es ungefährlichere und hochgradig toxische Chargen, was die Impfung mutmaßlich zu einem Roulettespiel machte. Und obwohl sich das Muster auch in anderen Staaten zeigte, wollte es die Bundesbehörde bisher für Deutschland nicht wahrhaben. Und jetzt? Fünf Professoren haben in einem Brief nachgefragt und warten auf Antwort. Im Interview mit den NachDenkSeiten verlangen zwei der Absender, **Jörg Matysik** und **Tobias Unruh**, umfassende Aufklärung. Mit ihnen sprach **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250107_Alles_auf_tot_Was_passiert_wohl_wenn_die_Menschen_den_Eindruck_bekommen_dass_hier_ein_gigantischer_Betrug_ablief_ND_S.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Zu den Personen

Jörg Matysik, Jahrgang 1964, ist Professor für Analytische Chemie und Molekülspektroskopie, Direktor des Instituts für Analytische Chemie der Universität Leipzig, Leiter des Aufbau-Studiums „Analytik & Spektroskopie“ und Sprecher eines Sonderforschungsbereichs der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Matysik schreibt den Blog: cidnp.net/blog.

Tobias Unruh, Jahrgang 1967, ist Professor für Nanomaterialcharakterisierung am Institut für Physik der Kondensierten Materie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Gemeinsam mit drei weiteren Chemieprofessoren bemühen sich Matysik und Unruh seit bald drei Jahren, vom Herstellerunternehmen BioNTech sowie dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) – zuständig für die Zulassung und Überwachung der Sicherheit von Impfstoffen und biomedizinischen Arzneimitteln in Deutschland – Informationen zu Eigenschaften, zur Qualitätskontrolle und zur möglichen Toxizität des Covid-19-Impfstoffs Comirnaty (BioNTech/Pfizer) zu erhalten. Ihre drei Mitstreiter sind: Prof. Gerald Dyker (Ruhr-

Universität Bochum), Prof. Andreas Schnepf (Universität Tübingen) und Prof. Martin Winkler (Zürcher Hochschule der angewandten Wissenschaften).

Ralf Wurzbacher: Herr Matysik, Ende November hat das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) klammheimlich einen riesigen Datensatz zu den gemeldeten Nebenwirkungen im zeitlichen Zusammenhang mit einer sogenannten Corona-Impfung [auf seiner Webseite publiziert](#). Die Sammlung umfasst praktisch den gesamten Zeitraum der Covid-19-Impfkampagne und ist schon deshalb von hohem öffentlichen Interesse. Wie wirkt es auf Sie, dass es keinerlei wahrnehmbare Verlautbarung seitens des PEI oder des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) zu dem Vorgang gab?

Jörg Matysik: Der Datensatz war nicht sehr professionell erstellt, und nicht die Experten des PEI haben ihn suchbar gemacht, sondern ein unbekannter Datenspezialist, der auf [atwebpages.com](#) eine Suchfunktion eingerichtet hat. Damit konnte ich etwa erkennen, dass auch die beiden Chargen, die mir verimpft wurden, nicht ungefährlich waren. Jedenfalls findet sich in der Datensammlung eine Vielzahl an schweren Nebenwirkungen mit weit über 1.000 Todesfällen, die zum Teil wenige Tage nach der Impfung aufgetreten sind. Zudem ist eine starke Häufung von gemeldeten Nebenwirkungen bei einzelnen Chargennummern, soweit diese zugeordnet werden können, zu verzeichnen.

Man fragt sich, warum die Impfkampagne nicht sofort unterbrochen wurde. Es wäre für das PEI eine gesetzliche Pflicht gewesen, nicht nur die rohen Daten, sondern auch eine Interpretation der Öffentlichkeit vorzulegen. Schließlich legten Daten aus zahlreichen Ländern, die dänischen Daten sind am bekanntesten, tatsächlich nahe, dass einige Chargen besonders gefährlich waren. Das wäre ein Problem für die Qualitätssicherung und -kontrolle. Ein Medikament, das nicht ordentlich hergestellt werden kann, darf schließlich nicht auf den Markt.

Die Covid-Impfstoffe kamen auf den Markt, in Rekordzeit.

Man erinnere sich: Als Andreas Schöfbeck, Chef der Betriebskrankenkasse Provita, im Februar 2022 auf [Warnsignale](#) hinwies, wurde er aus der Politik zum Rücktritt gezwungen. Dabei hatte er das Robert Koch-Institut (RKI) nur an dessen gesetzliche Pflicht erinnert, den Krankenkassendaten nachzugehen. Bis heute ist das nach meiner Kenntnis nicht passiert. Man vergegenwärtige sich auch die Berichte der Pathologie-Professoren Arne Friedrich und Michael Mörz. Bei Obduktionen an geimpften Toten haben sie Dinge gesehen, vor allem Deformationen von Blutgefäßen, die in all den Jahren vor der Impfung nie beobachtet wurden.

Tobias Unruh: Das Fehlen eines begleitenden Textes zu dem neuen Datensatz wirft die Frage auf, ob es bisher keine gründliche Auswertung der Daten gibt oder – falls doch – bewusst auf eine Veröffentlichung verzichtet wird. Beides wäre verwunderlich und dem Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des PEI unseres Erachtens abträglich. Daher haben wir uns mit entsprechenden Nachfragen an das PEI gewandt. Die [Berliner Zeitung](#) hat dazu vor Weihnachten berichtet.

Dem großen Rest der deutschen Leitmedien ist besagte PEI-Veröffentlichung dagegen durchgerutscht. Was entgeht damit den Menschen im Land, was sie eigentlich interessieren sollte?

Matysik: Das ist natürlich peinlich für diese Leitmedien: Über 1.000 vermutete Todesfälle, und der Bundesgesundheitsminister ist noch im Amt und nicht vor Gericht. Immerhin hatte er lange Zeit behauptet, die Impfung sei „nebenwirkungsfrei“. In der Politik könnten sich in den USA und auch bei uns bald neue Konstellationen bieten, die Aufklärung verlangen werden. Irgendwann werden auch unsere Medien mitmachen müssen – spätestens, wenn die damaligen Strippenzieher vor Gericht erscheinen müssen. Immerhin kommt bei den deutschen Gerichten nun langsam die Information an, dass das PEI und das RKI sie kräftig verschaukelt haben: Sie garantierten für Wissenschaftlichkeit, folgten aber wider besseres Wissen einer politischen Weisung.

Mit bösen „Nebenwirkungen“ ...

Matysik: Wir alle haben doch gesehen, wie viele mehrfach geimpfte Menschen schwere Atemwegserkrankungen bis hin zu einer Lungenentzündung erleben mussten. Wir alle nehmen doch wahr, dass Sterblichkeit und Krankenstand hoch sind. Wir alle kennen doch Menschen, die – viel zu jung – massive Herzprobleme bekamen. Fast jeder kennt doch einen Menschen, mitten im Leben, plötzlich tot. Natürlich werden alle wissen wollen, was da jetzt los war. Es ist schwer vorauszusagen, was passiert, wenn die Menschen den Eindruck bekommen, dass hier ein gigantischer Betrug ablief. Vielleicht werden sie, gerade die jungen, dann sehr kritisch, und das wäre ja gut.

Wie groß fallen mithin die Abweichungen zwischen den Chargen aus?

Matysik: Die dänische Arbeit hat die Chargen in drei Gruppen unterteilt, die bezüglich der Nebenwirkungen deutlich unterscheidbar sind. Aus zahlreichen anderen Ländern wurde dieses Muster bestätigt. Das PEI bestreitet aber, dass es ein solches Muster gibt, weil man nicht wisse, wie viele Impfungen mit einer bestimmten Charge durchgeführt wurden. Nun müsste das PEI sagen: Wir sind hier nicht unserer Pflicht nachgekommen,

chargenabhängige Probleme zu monitoren. Stattdessen behauptet es dreist, es gebe keine Chargenabhängigkeit. Aber wie will man das wissen, wenn es doch keine Daten zur Anzahl der eingesetzten Impfungen pro Charge gibt? Das PEI könnte deshalb allenfalls sagen: Unsere gesetzliche Pflicht verletzend haben wir keine Möglichkeit, die Chargenabhängigkeit zu bestätigen oder zu verneinen.

Aber das unterlässt die Behörde.

Unruh: Wir sollten hier zunächst einmal klarstellen, dass wir keine Experten hinsichtlich medizinischer oder juristischer Aspekte von Impfnebenwirkungen sind. Wir sind - maßgeblich aufgrund der unserer Meinung nach völlig überzogenen und unangemessenen Corona-Maßnahmenpolitik von Bundes- und Landesregierungen sowie staatlichen Behörden - besorgte Bürger, aber auch aufmerksame Beobachter des weiteren staatlichen Vorgehens in dieser Sache. Dazu gehört unter anderem der Umgang des PEI mit Impfnebenwirkungen.

In seiner Stellungnahme zu den erwähnten dänischen Daten mit dem Titel [„Keine chargenbezogene Häufung von Verdachtsfallmeldungen zu Impfnebenwirkungen nach Covid-19-Impfungen mit Comirnaty“](#) bezieht sich das PEI lediglich auf Daten, die es anhand der [SaveVac-2.0-Beobachtungsstudie](#) erhalten hatte. In dieser Studie wurden zunächst 1.179.877 Impfungen, sowohl Erst- als auch Zweitimpfungen, von 734.394 Personen registriert.

Zu diesen Impfungen gab es unglaublich viele, nämlich 5.074.069 gemeldete unerwünschte Ereignisse. Dann wurde die Anzahl der per SafeVac-2.0-App gemeldeten unerwünschten Ereignisse nach Impfung gegen die Anzahl der an SafeVac-2.0-Studienteilnehmer verabreichten Impfdosen der jeweiligen Comirnaty-Chargen aufgetragen. Aus dieser Analyse ergibt sich in der Tat keine chargenabhängige Häufung von gemeldeten Nebenwirkungen. Allerdings kann anhand der pro Impfung extrem hohen Anzahl gemeldeter Nebenwirkungen - 4,3 Meldungen pro Impfung - vermutet werden, dass fast ausschließlich Personen mit Nebenwirkungen an der Studie teilgenommen haben. Wenn diese Annahme richtig ist, dann ist die vom PEI suggerierte Folgerung, dass es keine chargenbezogene Häufung von Verdachtsfallmeldungen zu Impfnebenwirkungen nach Covid-19-Impfungen mit Comirnaty gibt, nicht stichhaltig. Denn die vorliegenden Daten beinhalten dann keine verwertbaren Informationen zu chargenabhängigen Häufungen von Verdachtsfallmeldungen.

Bei den neuen Daten vom 28. November 2024 fehlt die Angabe, wie viele Impfungen pro Charge im fraglichen Zeitraum und Beobachtungsbereich - war es ganz Deutschland? - durchgeführt wurden, vollständig, was eine Aussage über eine spezifische Häufung

gemeldeter Nebenwirkungen für bestimmte Chargen nicht gestattet.

Der Düsseldorfer Anwalt Tobias Ulbrich, der Opfer von Impfschäden vor Gericht vertritt, hatte schon vor längerer Zeit eine Top-10-Liste der schadensträchtigsten Chargen ermittelt. Diese deckt sich nahezu eins und eins mit den Daten, die nun das PEI offengelegt hat. Dabei reichen die Häufigkeiten von Nebenwirkungen von einem einzigen Fall bis zu über 10.000 Fällen pro Charge. Ist also das, was gestern noch als „Verschwörungstheorie“ galt, heute praktisch amtlich?

Matysik: Das ist in der Tat sehr bemerkenswert. Herr Ulbrich, den ich persönlich kennenlernen durfte, hat die Daten von zahlreichen Mandanten gesammelt. Nun zeigt sich, dass die Liste seiner Chargenabhängigkeit sehr gut mit der PEI-Liste zusammenpasst. Das PEI könnte nun antworten: Vielleicht sind diese Chargen am meisten verimpft worden, leider kamen wir unserer gesetzlichen Pflicht nicht nach und können das nicht belegen. Das allein ist schon skandalös. Die Übereinstimmung der PEI-Daten mit den Daten des Rechtsanwalts ist auf alle Fälle sehr verdächtig. Man darf also gerne vermuten, dass hier ein Problem vorliegt, eben weil die Qualitätskontrolle des PEI versagt hat.

Im Klartext: Manche Chargen könnten gefährlicher beziehungsweise tödlicher als andere gewesen sein, was sich auch mit Befunden aus anderen Staaten - etwa Dänemark, den Niederlanden, Spanien und Tschechien - deckt. Herr Unruh, wollte man beim PEI die Gefahren nicht sehen?

Unruh: Es bleibt abzuwarten, ob die fehlenden Daten zur chargenabhängigen Häufigkeit der Impfungen noch ermittelt werden können. Erst dann kann geklärt werden, ob die besondere Häufung von Nebenwirkungsmeldungen für bestimmte Chargen lediglich auf die hohe Zahl der Impfungen mit diesen Chargen zurückgeführt werden kann. Man weiß also bisher nicht mit Bestimmtheit, ob es gefährliche oder weniger gefährliche Chargen gab. Es wäre auch wichtig zu klären, was in diesem Zusammenhang als gefährlich oder gar tödlich angesehen wird.

Aber zunächst geht es uns noch nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, eine Öffentlichkeit für offensichtlich ungeklärte Fragen bezüglich der Folgen der staatlichen Corona-Maßnahmen und Nötigung zur Corona-Impfung zu schaffen und mit dem PEI über eine transparente Eruiierung der Faktenlage ins Gespräch zu kommen. Persönlich halte ich die mehr als zurückhaltende Informationspolitik des PEI hinsichtlich unserer zahlreichen Anfragen der letzten Jahre für äußerst unbefriedigend. Und das führt mittlerweile sicher nicht nur bei uns zu einem Misstrauen gegenüber der sachlichen Objektivität und dem Willen des PEI, die Unbedenklichkeit von Maßnahmen und Impfungen bezüglich der

Gesundheit der Bevölkerung kritisch zu prüfen und die Ergebnisse transparent öffentlich darzulegen.

So wie dies zumindest ansatzweise an anderen Staaten längst passiert. Warum nicht auch in Deutschland?

Matysik: Es gibt, wie schon gesagt, aus zahlreichen Ländern Hinweise auf Qualitätsunterschiede bei den Chargen. Wir wissen auch, dass die Kontrolle beim PEI ausgesprochen lax war. Man hat sich die Proben nicht beim Hersteller selbst besorgt, sondern einfach zusenden lassen. Man stelle sich vor, die Lebensmittelämter ließen sich per Pizzataxi die Proben zusenden und gingen nicht selbst in die Küchen.

Der Oberchargenprüfer beim PEI, Herr Dr. W., berichtete vor dem Bundesverwaltungsgericht, dass sie nur vier Tests machen würden. Erstens: Man prüft mit dem bloßen Auge die Substanz vor weißem und schwarzem Hintergrund. Dieses Experiment führt aber bei Proben, die Nanopartikel enthalten, die das Licht stark streuen, zu Farberscheinungen. Nun hätte der Impfstoff „bei Verfärbung“ verworfen werden sollen. Dieses offensichtliche Problem war die erste Ungereimtheit, die uns Professoren stutzig machte. Hierzu bekamen wir weder vom Hersteller noch vom PEI eine vernünftige Antwort. Zweitens: Man prüft den pH-Wert, aber die Toleranz ist riesig. Drittens: Man testet, ob die gewünschte mRNA vorhanden ist, ohne zu untersuchen, was noch in der Probe ist. Moderne Next-Generation-Methoden gäbe es zwar am PEI, die seien aber „zu empfindlich“, wie Dr. W. sich ausdrückte. Schließlich wird dann noch die Größe der RNA-Moleküle geprüft: 50 Prozent können eine andere Länge haben. Man tut so, als wären die inaktiv.

Fazit: Da ist analytisch noch sehr viel Luft nach oben. Deshalb wollten wir Prüfprotokolle des PEI einsehen. Leider wurde dieser Wunsch per Bescheid abgelehnt. Nun muss das Verwaltungsgericht Darmstadt entscheiden. Ein Termin steht noch nicht fest.

Sie beide drücken sich bei der Beurteilung dessen, ob und wie das PEI bei der Zulassung und Überwachung der Sicherheit der Corona-Impfstoffe seinen gesetzlichen Pflichten nachgekommen ist, immer noch betont diplomatisch aus. Hat die Behörde nicht schlicht gefuscht, getäuscht, gelogen, vertuscht?

Unruh: Aus meiner Sicht ist das Problem, dass die Datenlage, soweit sie mir bekannt ist, keine eindeutigen Schlüsse darauf zulässt, ob die Gefahr, die von den Impfungen ausgeht, größer oder kleiner ist als zum Beispiel jene, die sich durch eine Corona- oder eine Influenza-Infektion ergibt. Aufgabe des PEI wäre es aus meiner Sicht, darauf hinzuwirken, dass es eine solide Datenlage mit geeigneter Auswertung gibt, diese der Öffentlichkeit zur

Verfügung gestellt wird und auf dieser Grundlage über Zulassung beziehungsweise Nichtzulassung der Arzneimittel entschieden wird.

Matysik: Jedenfalls muss man sich fragen, warum das PEI nicht die Prüfprotokolle herausgibt. Ein Mangel an Transparenz macht natürlich misstrauisch.

Der PEI-Datensatz schlüsselt allein 1.113 Meldungen zu Todesfällen im Nachgang einer Impfung auf. Trotzdem blieb die Sirene stumm. Wäre das allein nicht schon ein Fall für den Staatsanwalt?

Unruh: Wie bereits erwähnt, ist es nicht unsere Absicht, juristische Beurteilungen abzugeben oder gar Forderungen zu stellen. Aus den uns zugänglichen Unterlagen geht nicht einmal hervor, ob auch nur einer der gemeldeten Todesfälle durch die Impfung verursacht wurde. Und genau das sollte durch das PEI endlich geändert werden. Wir brauchen zuverlässige Informationen zur Wirkung und zu den Nebenwirkungen der Impfung im Verhältnis zum tatsächlichen Risiko einer Corona-Infektion. Ohne diese Information kann man die Sinnhaftigkeit einer Corona-Impfung ebenso wenig wie die einer Zulassung eines Impfstoffs oder die einer Impfempfehlung bewerten.

Matysik: Man darf vermuten, dass es im PEI, wie auch beim RKI, seriöse interne Diskussionen gegeben hat. Ohne Frage ist dort ja auch sehr viel Expertise vorhanden. Vermutlich wurde auch hier, wie beim RKI, die wissenschaftliche Sicht durch politische Einflussnahme beschädigt. Verbeamtete PEI-Mitarbeiter haben allerdings eine Remonstrationspflicht. Sie können sich nicht einfach auf eine Weisung berufen. Es gibt eine gesetzliche Pflicht, die über diesen Weisungen steht. Bei über 1.000 Toten hätte natürlich eingeschritten werden müssen. Ich vermute, dass es hier ein juristisches Nachspiel geben wird.

Sie haben sich Mitte Dezember 2024 in einem [Brief](#) mit acht Fragen an das PEI gewandt. Rechnen Sie nach allen Erfahrungen, die Sie im Umgang mit der Bundesbehörde und dem Mainzer Impfstoffhersteller BioNTech gemacht haben, überhaupt mit einer Antwort?

Unruh: Natürlich rechnen wir mit einer Antwort, denn wenn das PEI nicht antwortet, tut es seiner in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Glaubwürdigkeit keinen Gefallen. Richtig ist aber auch, dass die von uns erreichte Öffentlichkeit noch sehr begrenzt ist. Wir freuen uns daher über die Möglichkeit, Artikel in der *Berliner Zeitung* und anderen Medien sowie auch dieses Interview auf den *NachDenkSeiten* veröffentlichen zu können. Und es sind schließlich nicht nur wir, die die Regierungen und Behörden auffordern, die Folgen aller

Corona-Maßnahmen in voller Breite aufzuarbeiten. Wichtig ist es aus unserer Sicht, nicht locker zu lassen, bis wir nicht nur die Antworten auf unsere Fragen bekommen, sondern auch ein angemesseneres und transparenteres Vorgehen von Regierung und Behörden bewirken.

Herr Matysik, Sie standen den NachDenkSeiten zuletzt im März Rede und Antwort. Seit bald drei Jahren versuchen Sie, vom PEI und BioNTech Informationen zu Eigenschaften, zur Qualitätskontrolle und zur möglichen Toxizität des Covid-19-Impfstoffs Comirnaty zu erhalten. Haben Sie in der Zwischenzeit Fortschritte gemacht?

Matysik: Es gibt ja eine Reihe von Menschen – das sind Betroffene, Journalisten, Juristen und Wissenschaftler –, die versuchen, Stück für Stück die Wahrheit ans Licht zu bringen. Man denke an die Veröffentlichung der RKI-Protokolle. Die haben ja sehr deutlich gezeigt, dass das RKI hinreichend fachliche Expertise hatte, man sich aber den Wünschen der Politik unterwarf. Die Behörde ist zwar weisungsgebunden, aber der gesetzliche Auftrag, in diesem Falle die Arzneimittelsicherheit, steht sicherlich über einer ministeriellen Weisung. Und natürlich darf ein Minister nichts Gesetzeswidriges anweisen.

Man muss für solche Aufklärung schon Geduld mitbringen. Die Verantwortlichen und die Mitläufer sind ja nicht wenige und nicht ohne Einfluss. Ich bin aber optimistisch, dass wir hier Aufklärung bekommen werden, und vermute, dass dann, nach Aufdeckung des Betrugs, eine junge und sehr kritische Generation aufwächst. Um eine öffentliche Diskussion anzustoßen, haben wir fünf Professoren am 5. Dezember einen [Brief](#) an zahlreiche deutsche Institutionen gesendet, die in der Corona-Krise eine Rolle spielten. Wir bitten darin um Stellungnahme zum Missbrauch der Wissenschaft, in deren Namen eine Politik durchgesetzt wurde, die die Experten im RKI übergang.

Unruh: Wir sollten als Wissenschaftler aber auch unserer eigenen Verantwortung gerecht werden. Wir haben umfassende Möglichkeiten, die Eigenschaften der Impfstoffe zu charakterisieren. So hat etwa meine Forschungsgruppe die Struktur der Lipid-Nanopartikel (LNPs) im Comirnaty-Präparat eingehend untersucht und die [Ergebnisse](#) im Fachjournal *ACS Nano* publiziert. Meine [Universität](#), die lokale Presse und die *Berliner Zeitung* berichteten darüber. Wir fanden erhebliche Unterschiede zu den Vorstellungen von BioNTech. Zum Beispiel sind die LNPs flüssig und nicht fest, wie wohl von BioNTech angenommen wurde.

Es wäre wichtig, dass viele unterschiedliche Disziplinen Toxizität, Karzinogenität, mRNA-Gehalt und -Integrität, Bioverfügbarkeit, Aktivität der mRNA im Körper und vieles mehr an

den auf dem Markt befindlichen Impfstoffen untersuchen. Die Expertise ist an den deutschen Universitäten und anderen Forschungszentren vorhanden und wir haben gezeigt, dass wir mit solchen Untersuchungen nicht nur unserem öffentlichen Auftrag, zum Wohl der Gesellschaft beizutragen, gerecht werden, sondern auch spannende Forschung machen und grundlegend neue Erkenntnisse gewinnen können.

Abschließende Frage an Sie beide. Rechtsanwalt Ulbrich sprach in einem [Post auf X](#) von einem „kompletten Versagen der Arzneimittelaufsicht“ in Deutschland. „Versagen“ klingt für die Verantwortlichen irgendwie entlastend. Es ging sehr offensichtlich darum, ein unausgereiftes Produkt auf Gedeih und Verderb der ganzen Bevölkerung aufzuzwingen. Trifft es das Wort Komplott da nicht eigentlich besser?

Unruh: Das Vorgehen von Regierungen und Behörden hinsichtlich der Bewertung der Wirksamkeit und der Sicherheit der Corona-Impfstoffe sowie bezüglich der Gefahren, die von einer Corona-Infektion ausgehen, erscheint uns häufig vorschnell und wenig evidenzbasiert gewesen zu sein. Im Gegensatz dazu steht der enorme Druck, der – zur Erhöhung der Impfbereitschaft – auf die gesamte Bevölkerung ausgeübt wurde, sowie der De-facto-Zwang für bestimmte Berufsgruppen. Es ist also nicht nur die Frage, ob die Arzneimittelaufsicht versagt hat, sondern insbesondere auch, inwiefern die Politik versagt hat.

Matysik: Das Versagen betrifft jedenfalls nicht nur die deutschen Behörden. Es war, auch wenn bezogen auf Corminaty deutsche Behörden eine besondere Verantwortung tragen, ein internationales Versagen. Daher ist die Aufklärung ebenfalls international. So hat sich gezeigt, dass die Kaufverträge der nationalen Regierungen mit Pfizer stets sehr ähnlich waren. Im Pfizer-Vertrag mit Kanada hieß es etwa:

„Der Käufer erkennt an, dass weder die langfristigen Folgen noch die langfristige Effektivität der Impfstoffe derzeit bekannt sind und dass Nebenwirkungen eintreten können, die derzeit unbekannt sind. Zudem bestätigt der Käufer, dass das Produkt – im angemessenen Umfang – keiner Qualitätskontrolle von seiner Herstellung bis zur Verwendung („Serialization“) unterliegt.“

Dieser letzte Satz macht vielleicht verständlich, warum man beim PEI die Analytik so minimalistisch betrieb. Es ist schon sehr viel damit gewonnen, wenn Dokumente veröffentlicht werden, ganz egal, in welchem Land das passiert. Und wir erleben gerade,

dass genau das passiert. Man darf hoffen, dass im nun begonnenen Jahr Parlamente, etwa in den USA oder in Sachsen und Thüringen, Licht ins Dunkel bringen werden.

Titelbild: StudioFI/shutterstock.com

Die drei bisher unter Beteiligung von Jörg Matysik bei den NachDenkSeiten veröffentlichten Interviews sind:

- 11. Oktober 2022: [„Die Richter werden feststellen, dass die Naturgesetze auch am Paul-Ehrlich-Institut gelten.“](#)
- 28. November 2023: [Profit vor Sicherheit: „Die Aufsichtsbehörden machen ihren Job nicht!“](#)
- 14. März 2024: [Paul-Unehrlich-Institut? „Wir erleben ein bewusstes Verschließen der Augen vor den Realitäten.“](#)